

Deutscher Behindertenrat / In den Ministergärten 4 / 10117 Berlin

Frau Bundesministerin
Dr. Ursula von der Leyen
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

Das Aktionsbündnis
deutscher Behindertenverbände

Sekretariat:
Sozialverband VdK
Deutschland e. V.
In den Ministergärten 4
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 726 29-0404

Fax: +49 (0) 30 726 29-0499

Mail: info@deutscher-behindertenrat.de

www.deutscher-behindertenrat.de

Neukonzeption Teilhabebericht der Bundesregierung, Verbesserung der Datenlage

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

der DBR begrüßt das Bestreben der Bundesregierung, die Berichterstattung zur Lage von Menschen mit Behinderung neu zu konzeptionieren und damit inhaltlich an die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention anzupassen. Drei vom Deutschen Behindertenrat vorgeschlagene WissenschaftlerInnen gewährleisten, dass in der Beiratsarbeit die Perspektive von Menschen mit Behinderung für die Neukonzeption des Berichts berücksichtigt wird.

Allen Beteiligten ist klar, dass die Umstellung zu einer wirklich datenbasierten, wissenschaftlichen Auswertung der Lebenslagen behinderter Menschen kein leichtes Unterfangen darstellt. Gleichwohl ist seit vielen Jahren bekannt, dass die bislang nutzbaren und genutzten Datenquellen nicht ausreichen und in keiner Weise einer veränderten Sicht auf Behinderung als Wechselwirkung zwischen Beeinträchtigungen und behindernden Kontextfaktoren und Barrieren gerecht werden.

Unabhängig von den Ergebnissen der Beiratsarbeit ist die Handlungsnotwendigkeit bereits jetzt deutlich sichtbar.

Der Deutsche Behindertenrat hält es für dringend erforderlich, dass zeitnah die Forschung für Menschen mit Behinderung ausgeweitet und damit die Grundlage für eine systematische Überprüfung und Weiterentwicklung der Politik für Menschen mit Behinderung geschaffen wird. Dafür müssen jetzt entsprechende Mittel in den Haushalt 2013 eingestellt werden.

In diesem Zusammenhang unterstützt der Deutsche Behindertenrat nachdrücklich den Vorschlag des Deutschen Instituts für Menschenrechte, endlich eine repräsentative Langzeitstudie in Auftrag zu geben, damit auf einer breiten und wissenschaftlich fundierten Basis die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorangebracht wird. Nur dann können geeignete Maßnahmen entwickelt werden, um nach und nach in allen Lebensbereichen eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen mit Behinderung zu verwirklichen.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, wir möchten Sie nachdrücklich bitten, sich für dieses Anliegen einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrike Mascher
Vorsitzende des Sprecherrats